

## **P r e s s e m i t t e i l u n g**

### **Den Europäischen Bildungsraum gestalten**

Nach Vorlage des Verfassungsentwurfs und der Aufnahme von zehn Beitrittsstaaten gelte es, das Erreichte zu stabilisieren und die Unionsbürgerschaft wirklich mit Leben zu füllen, um die Identifikation der Unionsbürger mit der Europäischen Union zu erreichen. Dazu könne Bildungs- und Kulturpolitik einen wesentlichen Beitrag leisten, stellt der Landesvorstand der Europa-Union Rheinland-Pfalz in einem vierseitigen Papier zur Gestaltung des Europäischen Bildungsraumes einstimmig fest. Er unterstreicht, das der Verfassungskonvent zu Recht der Subsidiarität einen hohen Stellenwert beigemessen habe und die Kulturhoheit bei den Mitgliedstaaten belasse. Dennoch könne die Union unterstützende, koordinierende und ergänzende Maßnahmen ergreifen, um spezifisch europäischen Anliegen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport sowie der Kultur Rechnung zu tragen. Allerdings sollte die EU der Versuchung widerstehen, Mindeststandards oder Harmonisierungsschemata festzulegen. Vielmehr seien Vertrauen in die Qualität des Studienangebots zu sichern, für Transparenz und Wettbewerb zu sorgen und durch Unterstützung europaweiter Netzwerke und Austauschprogramme sowie exemplarischer Initiativen produktive Dialoge und Lernprozesse anzustoßen.

Die Herausbildung einer europäischen Identität brauche Zeit. Dazu seien die Union und die Mitgliedstaaten gleichermaßen aufgerufen, die Werte der Europäischen Union bei allen Bürgern, insbesondere jedoch bei den jüngeren durch eine spezifische europäische Bildung zu verankern. Die Europa-Union Rheinland-Pfalz schlägt dazu die Schaffung einer Europäischen Zentrale für Politische Bildung vor, die in Zusammenarbeit mit nationalen öffentlichen und gesellschaftlichen Institutionen sich dieser wichtigen Bildungsaufgabe annehmen sollte.

Es gelte, Geschichte als gemeinsame Geschichte der europäischen Völker zu begreifen und die jeweilige nationale Sicht durch eine europäische Perspektive zu ergänzen. Die bestehenden wissenschaftlichen Initiativen sollten gefördert und ein breites Netz von Forschungsinstituten, die sich diesen Fragestellungen gemeinsam annehmen, aufgebaut werden.

Jeder Mitgliedstaat und alle Regionen sollten aufgefordert werden, in einer Dokumentation zusammenzutragen, was sie als wesentliche Informationen in einem „Kompendium europäischer Allgemeinbildung“ einbringen wollen. Dieses Kompendium sollte in alle Amtssprachen übersetzt und in einem europäischen Dokumentationszentrum für das breite Publikum vorgehalten werden.

Besonderes Gewicht legt die Europa-Union auf das Erlernen der Fremdsprachen. Neben der Muttersprache sollten alle Unionsbürger Gelegenheit haben, mindestens eine große europäische Verkehrssprache und eine Sprache des unmittelbaren Nachbarn zu erlernen. Diplome und Abschlüsse, die in einem Mitgliedstaat ordnungsgemäß erworben wurden, sollen in allen Ländern als solche anerkannt werden. Unionsweit sollte eine Datenbank zur Verfügung stehen, in der Informationen über Ausbildungsinhalte, die den verschiedenen staatlichen und privaten Abschlüssen zu Grunde liegen, hinterlegt sind. Die Union soll in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Kultur- und Schulbehörden den Aufbau eines Netzwerkes von Schulen mit bi- bzw. multivalenten Abschlüssen fördern.

Ein unabhängiges europäisches Institut für Bildungspolitik soll in regelmäßigen Abständen Studien und systematische Analysen über die Effizienz und Qualität der Bildungssysteme auf europäischer Ebene mit dem Ziel organisieren, Transparenz zu schaffen und einen Wettbewerb der Bildungssysteme und –initiativen in Gang setzen. Das so institutionalisierte europäische Bildungsmonitoring werde die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen und öffentlichen Diskurs im Sinne einer Leistungssteigerung anregen.

Die bewährten Aktionsprogramme zur Förderung der Mobilität der Studenten und des Hochschulpersonals, des Jugendaustausches und des freiwilligen Dienstes sollten weiter ausgebaut, aber auch auf Effizienz überprüft werden. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen will die Europa-Union die Aktionen von „Europa in der Schule“ sowie den Europäischen Wettbewerb verstärkt fördern. Gemeinsame Werkwochen von unionsweiten Schulkooperationsnetzen zu ausgeschriebenen Themen sollten eingeführt und gezielt gefördert werden.

(Der gesamte Text zu Fragen der europäischen Bildung kann auf der Homepage der Europa-Union Rheinland-Pfalz unter [www.europa-union-rlp.de](http://www.europa-union-rlp.de) abgerufen werden.)

Verantwortlich: Manfred H. Däuwel